

NÖ Landeskorrespondenz

Landtag aktuell

14. April 2011

Sitzung des NÖ Landtages

Zwei Aktuelle Stunden

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Kahlschlag im ÖBB Schienen-Güterverkehr – Auswirkungen auf NÖ Landesbürger**“ abgehalten.

Abgeordneter Mag. Karl **W i l f i n g** (VP) sagte, die umweltgerechte Transportleistung von Gütern werde von der Bahn erwartet. In allen Zielvorgaben sei ein Schwerpunkt klar, und das sei jener, den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. Man müsse daher alles daran setzen, den Transport von Sachgütern auf der Schiene zu fördern. Die ÖBB habe jedoch mit Dezember 2010 26 Güterbahnhöfe in Niederösterreich geschlossen. Dies sei ein Anschlag auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und auf die Arbeitsplätze in Niederösterreich. Der Güterverkehr gehöre auf die Schiene und nicht auf die Straße, betonte er.

Abgeordneter Erich **K ö n i g s b e r g e r** (FP) sprach von einem „Kahlschlag im Güterverkehr“ sowie von einem „Kahlschlag auf den Nebenbahnen“. Den 1,6 Millionen Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern würde „die Bahn unter den Füßen weggezogen“. Die FP NÖ setze sich für Schüler, Pendler und Touristen

ein. Gerade beim Güterverkehr gehe es auch um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Regionen.

Abgeordneter Mag. Karl Wilfling (VP) meldete sich zu einer Tatsächlichen Berichtigung zu Wort und sagte, er habe nicht die Nebenbahnen in Niederösterreich, sondern nur eine einzige Linie als „Pimperlbahn“ bezeichnet.

Abgeordnete Michaela Hinterholzer (VP) vertrat die Ansicht, dass der zeitsparende und termingerechte An- und Abtransport von Gütern für den Wirtschaftsstandort immer wichtiger werde. Es bedürfe einer optimalen Kombination aller Verkehrsträger. Das helfe den Unternehmen Kosten zu sparen und schone auch die Umwelt. Vorhandene Gleisanschlüsse seien auch wichtig für die Standortentscheidung von Unternehmen.

Abgeordneter Franz Mold (VP) appellierte gemeinsam aufzutreten, denn es gehe um die Interessen des Bundesland Niederösterreich. Wenn immer weniger Güter auf der Bahn transportiert würden, steige auch die Unfallgefahr auf den Straßen und Arbeitsplätze seien gefährdet. Die geplanten Maßnahmen bei den ÖBB würden Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen gefährden sowie die Bundesstraßen mit zusätzlichem Lkw-Verkehr belasten.

Abgeordneter Gerhard Razborcan (SP) bezeichnete die Verlagerung des Güterverkehrs von der Schiene auf die Straße als „nicht wünschenswert“. Weiters machte er einen historischen Abriss über die Entwicklung der ÖBB in den letzten Jahren. Wichtig sei nun, dass die Nebenbahnen, die von Niederösterreich übernommen wurden, auch vom Land erhalten bzw. attraktiviert werden. Eine Gesellschaft wie die ÖBB müsse betriebswirtschaftlich geführt und Probleme müssten gemeinsam mit dem Land Niederösterreich gelöst werden.

Abgeordneter Hermann Hauer (VP) bedauerte „die Misswirtschaft bei den ÖBB“. Die ÖBB bediene nur mehr die Hauptrouten und dünne ihre Angebote im ländlichen

Raum sukzessive aus. Die bedeute für die Menschen, die Wirtschaft und den Tourismus Verschlechterungen sowie für die Pendler längere Fahrzeiten. Gerade im ländlichen Raum und für die Wirtschaftsbetriebe seien die Angebote der ÖBB unverzichtbar, nannte er insbesondere einige Leitbetriebe im Industrieviertel und die Holzwirtschaft. Überdies habe das Land Niederösterreich mehr Park-&-Ride-Anlagen errichtet als alle anderen Bundesländer zusammen.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) kritisierte, dass bei der heutigen Aktuellen Stunde „nur schlecht über die ÖBB gesprochen“ werde. Vielmehr solle das Land Niederösterreich selbst aktiv werden und die Schienen-Infrastruktur ausbauen, um den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Überdies hätte die Wachaubahn, die vom Land übernommen wurde, viel mehr Potenzial als nur eine Attraktion für Touristen zu sein.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) meinte, der Konflikt über die ÖBB dürfe nicht auf dem Rücken der Bürger ausgetragen werden. In den letzten Jahren seien viele ÖBB-Strecken eingestellt worden und würden nun nur noch mit Draisinen von Touristen befahren werden. Insbesondere bei der so genannten Leobersdorfer Linie sei zuerst der Güterverkehr und anschließend der Personenverkehr eingestellt worden, was zu Nachteilen für die Holzwirtschaft geführt habe. Überdies seien die zusätzlichen Lkw-Fahrten mittlerweile eine Belastung für Umwelt und Bevölkerung.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) bezog sich in seiner Wortmeldung auf die letzte Aktuelle Stunde in der vorigen Landtagssitzung: Der Postbus habe zwar eine Haltestelle nicht angefahren, was ein Fehler gewesen sei, aber keine Absicht des Chauffeurs, wie damals von Landesrat Heuras behauptet worden sei. Überdies seien der Nahverkehr bzw. die Nebenbahnen keine so genannten „Pimperlbahnen“, sondern wichtige Strecken für die Regionen.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) sagte, dass der Personenverkehr im Traisental bereits von den ÖBB eingestellt worden sei. Worte der Kritik fand er dafür, dass die SP-Gemeinden nicht Teil einer Initiative in der Kleinregion Traisen-Gölsental seien; diese Gemeinden hätten sich diesbezüglich aus der Verantwortung genommen.

Es folgte eine weitere **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Ostöffnung: Rettet unsere Arbeitsplätze**“.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sprach anlässlich der bevorstehenden Öffnung des Arbeitsmarktes davon, dass TagespendlerInnen in den niederösterreichischen Arbeitsmarkt einsickern würden, die Arbeitslosenquote steigen würde und eine Gefährdung für heimische Betriebe – insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe – zu erwarten sei. Ebenso merkte er kritisch an, dass Leasingfirmen von dieser Öffnung profitieren würden und ein Rückgang der Lehrlingsausbildung zu erwarten sei. Es gelte, den „Ausverkauf der Arbeit zu stoppen“ und eine Fristverlängerung zu erreichen, bis das Lohnniveau der betroffenen Länder gleichgestellt sei.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) kritisierte die Darstellungsweise seines Vorredners und meinte, man bräuchte stattdessen Aufklärung und Information. Man müsse die Sorgen der Menschen ernst nehmen, aber sie auch seriös informieren. In den vergangenen Jahren habe die Migration schrittweise eingesetzt und man habe Leute nach Österreich geholt, die man gebraucht habe. Zudem sei zu sehen, dass heute auch sehr viele Deutsche in Österreich arbeiteten und auch viele ÖsterreicherInnen im Ausland arbeiteten. Der Anstieg auf dem Arbeitsmarkt werde daher nun nicht so eklatant sein. Österreich habe sich gut auf die Öffnung des Arbeitsmarktes vorbereitet, und es sei auch ein Gesetz zum Thema Sozialdumping im Parlament beschlossen worden – gegen selbiges hätten die

Abgeordneten von FP und BZÖ gestimmt. Abschließend meinte er, dass Niederösterreich in der EU hervorragende Arbeit leiste.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) merkte an, dass es eine der Aufgaben der Politik sei, Ängste zu nehmen. Auch er informierte, dass vor allem deutsche GastarbeiterInnen in Österreich zu finden seien und dass die heimische Wirtschaft Betriebe in den osteuropäischen Staaten gekauft habe und in vielen dieser Staaten die Nummer eins im Bereich Investitionen sei. Zu sehen sei dies beispielsweise an Rumänien, die österreichische Lebensmittelindustrie sei hier allgegenwärtig, und auch das Engagement der OMV sei zu erwähnen. Die zu erwartenden neuen Arbeitskräfte würden, so Hintner, sehr gut ausgebildet sein und Deutsch sprechen. Auch er erinnerte an das Sozialdumpinggesetz, das der Nationalrat verabschiedet hätte. Österreich habe stets von Europa profitiert und könne auf eine positive Arbeitsmarktentwicklung blicken. Angst sei kein guter Begleiter für die Gestaltung der Zukunft.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) sagte, das Fremdenrecht sei ein „Stückwerk“. Es bleibe nur die Botschaft, Fremde seien gefährlich. Dieses Spiel werde seit zwanzig Jahren gespielt. Die am höchsten qualifizierten Arbeitskräfte seien längst woanders und hätten einen großen Bogen um Österreich gemacht. Was hier passiere, nütze niemandem und vertreibe Arbeitsplätze aus Österreich.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, in der Bevölkerung gebe es sehr wohl Ängste und Sorgen. Seit 2009 habe sich nichts geändert. Wenn ein zusammenwachsendes Europa wichtiger sei als die niederösterreichische Bevölkerung, sei das traurig. In den nächsten drei Jahren sei mit einem Zustrom von bis zu 100.000 Männern und Frauen österreichweit zu rechnen. Ein Großteil davon werde Niederösterreich betreffen, also 60.000 bis 70.000. Der Verdrängungswettbewerb gehe zu Lasten der österreichischen Arbeitnehmer.

Abgeordneter Günter Kraft (SP) betonte, alle Experten würden von rund 26.000 ausländischen Arbeitnehmern sprechen, die nach Österreich kommen. 8.000 bis 10.000 davon entfielen auf Niederösterreich, von einer „Überschwemmung“ könne daher keine Rede sein. Die Zuwanderung von Arbeitskräften habe zur Stabilität der Wirtschaft beigetragen. Man brauche ausländische Arbeitnehmer aufgrund geburtenschwacher Jahrgänge in Zukunft noch viel mehr.

Abgeordneter Mag. Kurt Hackl (VP) sprach davon, dass die FP „blanken Populismus weit weg von jeder sachlichen Ebene“ betreibe. Keine einzige der FP-Prognosen sei eingetroffen. Es sei nicht zu befürchten, dass man von zusätzlicher Konkurrenz überschwemmt werde, allerdings werde auch der Facharbeitskräftemangel nicht behoben.

Abgeordneter Edmund Tauchner (FP) sagte, die Arbeitsmarktöffnung per 1. Mai werde einen Verdrängungswettbewerb und ein Ansteigen der Arbeitslosenrate bewirken. Österreich bekomme keineswegs dreimal soviel aus der EU heraus als man einzahle. Er meinte, die Übergangsfrist von sieben Jahren sei viel zu kurz gewesen, um das Lohngefälle und die sozialen Standards anzugleichen.

Abgeordneter Erich Königberger (FP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Ing. Rennhofer, Findeis und Waldhäusl betreffend **Forderungen zur Anti-Atompolitik, zu einem EU-weiten Ausstieg aus der Kernenergiegewinnung und dem Schutz von NÖ gegen die Gefahren der Kernenergie (7-Punkte-Katalog)** sowie einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Ing. Rennhofer, Findeis und Waldhäusl betreffend mehr **Energieeffizienz und Ausbau der Erneuerbaren Energie**.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl (FP) verlangte klare Worte und eine klare Linie Niederösterreichs gegenüber jenen Staaten, die einen anderen Weg bei der Atompolitik eingeschlagen hätten. Das geplante Atommüllendlager im benachbarten

Tschechien müsse durch eine aktive und offensive Politik verhindert werden. Überdies habe die Atomkatastrophe in Japan in den letzten Wochen zu einem Umdenken bei den Parteien und zu vielen Resolutionen gegen Atomkraftwerke in den Gemeinderäten geführt.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) berichtete über das geplante Atommüllendlager an der Grenze zu Niederösterreich, dessen Errichtung mit allen Mitteln verhindert werden müsse. Bis zum Jahr 2015 wolle Tschechien entscheiden, an welchem Standort das Atommüllendlager errichtet werden solle. Viele Experten würden aber bezweifeln, ob eine unterirdische Lagerung sicher sei. Neben der Verunsicherung der Bevölkerung im Waldviertel gebe es auch auf tschechischer Seite eine breite Ablehnung. Der geplante Ausbau von Temelin sei aber ohne ein Konzept für das Atommüllendlager nicht möglich.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) kritisierte die schlechte Anti-Atompolitik Niederösterreichs auf europäischer Ebene. Bereits im Jahr 2010 habe es eine Resolution im Landtag gegeben, wo die Verantwortlichen aufgefordert werden, an die EU heranzutreten, um sich gegen die Errichtung von Atomkraftwerken bzw. Atommüllendlagerstätten auszusprechen. Abschließend betonte sie, dass noch intakte Geräte nicht weggeschmissen werden sollten.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) meinte angesichts der Atomkatastrophe in Japan, dass die Menschen nicht gewillt seien, zu lernen, die Beherrschbarkeit der Technik Grenzen aufzeige und sich die Gefahren letztlich gegen den Menschen selbst richten würden. Zum Redebeitrag des Abgeordneten Antoni meinte er, man müsse den AKW-BetreiberInnen vorwerfen, dass die Entsorgungskette nicht zu Ende gedacht und nicht gelöst sei. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen Resolutionsantrag betreffend „Weg mit Schrottreaktoren und Atommüllendlagern in Grenznähe“ sowie einen

Resolutionsantrag betreffend „Direktförderung von Solar-, Photovoltaikanlagen und Wärmepumpen“ ein.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) betonte, dass man sich dafür stark machen müsse, europa- und weltweit keine Atomkraftwerke mehr zu haben. Die zig Kernkraftwerke in der Nähe von Österreich würden zeigen, dass man sich in der Vergangenheit nicht genügend gewehrt habe. Nun sei man mit dem Erbe der Vergangenheit konfrontiert und müsse sich darum Sorgen machen. Es werde, so Leichtfried, kaum einen Landtag geben, der so oft durch gemeinsame Beschlüsse zum Ausdruck gebracht habe, dass er gegen Atomenergie sei. Es sei wichtig, dass der Landtag von Niederösterreich bezüglich Kernkraft und Brennstäben eine gemeinsame Meinung vertrete. Die vorliegenden Anträge hiezu seien sehr sinnvoll. Der von den Grünen eingebrachte Antrag bzw. die zu erwartende Vorgehensweise zu diesem Antrag sei „Populismus pur“ und unseriös; in dieser wichtigen Frage sollte man über die Parteibrille hinausschauen. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen Antrag betreffend „Weg von der Atomkraft – hin zur Forcierung erneuerbarer Energiequellen“ ein.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) meinte, dass die vorliegenden Anträge „die logische Fortsetzung der Anti-Atompolitik der VP“ seien. Im Zusammenhang mit dem Atomkraftthema müsse man die grenzüberschreitenden Kontakte nutzen und die Nachbarn überzeugen. Die VP habe sich klar für erneuerbare Energien ausgesprochen, 90 Prozent des Energiebedarfs würden hieraus bezogen. Es gelte, das Bewusstsein zum Stromsparen weiter zu stärken. Gemeinsam mit den Abgeordneten Leichtfried, Schneeberger, Michalitsch, Hackl, Hauer und Schulz brachte er einen Zusatzantrag betreffend „Energieeffizienz in Haushalten – Stopp den Energiefressern“ ein. Abschließend meinte er, dass man in

Niederösterreich die Energiewende geschafft habe, die zuvor eingebrachten Resolutionsanträge würden von seiner Fraktion abgelehnt werden.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) bezeichnete es als schade, dass diese Resolutionsanträge abgelehnt würden.

Landesrat Dr. Stephan P e r n k o p f (VP) bezog sich auf die geplante Energiewende. In den letzten zwei Jahren sei sehr viel passiert. Niederösterreich wolle weg von Öl und Gas und lehne Atomkraft entschieden ab. Er lasse nicht zu, dass die niederösterreichische Politik in Bezug auf erneuerbare Energie schlecht geredet werde. Die Biomasseanlagen schrieben eine Erfolgsgeschichte, und der Energiefahrplan zeige, dass Niederösterreich auf dem richtigen Weg sei. Alle, die nicht zu 100 Prozent für erneuerbare Energie seien, seien auch mitverantwortlich für die Schaffung von Atommüllendlagern.

Bei der folgenden Abstimmung wurden beide Anträge einstimmig angenommen. Gleiches gilt für den Zusatzantrag des Abgeordneten Hofbauer u. a. (Energieeffizienz in Haushalten). Die drei weiteren Zusatzanträge blieben in der Minderheit.

Abgeordneter Anton K a s s e r (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten DI Eigner u. a. betreffend **Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976**.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) eröffnete die Debatte: Die vorliegende Gesetzesänderung sei zu begrüßen, man könne aber „nicht an allen Ecken und Enden Windparks errichten“. Noch immer habe der Bürger keine Parteienstellung in Widmungsangelegenheiten. Ein **Resolutionsantrag** seiner Fraktion fordert diesbezüglich Abhilfe.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) meinte, die Errichtung von Windkraftanlagen habe nicht nur Freunde. Wer bei erneuerbarer Energie aber A sage, müsse auch bei der Windkraft B sagen. Zur Anpassung der Umgebungs-

Lärmrichtlinie sprach er sich angesichts der Widmungen von Freihalteflächen für eine Trennung in lärmarm und lärm erzeugend aus.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) bezog sich auf verschiedene Verwaltungsvereinfachungen, Klarstellungen und Neuerungen: Gerade im Ballungsraum rund um Wien sei die Frage des Umgebungslärms wichtig. Bei Bauten im Grünland müsste es ebenfalls möglich sein, die Wärmedämmung zu verbessern. Den Resolutionsantrag der FP könne man nur ablehnen. Niemand habe einen Rechtsanspruch auf eine bestimmte Flächenwidmung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Resolutionsantrag blieb in der Minderheit.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) referierte den Bericht der Landesregierung betreffend **NÖ Sportgesetz - Sportbericht 2010**.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) sprach als erster Redner davon, dass heuer wieder eine sehr erfolgreiche Bilanz vorliege. Man habe Niederösterreich 2010 gemeinsam bewegt. Niederösterreich sei damit wieder das Sportland Nummer eins. Das sei aber nicht möglich ohne die unzähligen Vereine mit rund 320.000 Hobbysportlern und vielen Tausenden Freiwilligen. Ein Drittel der Niederösterreicher betreibe Sport, ein Drittel werde nie Sport betreiben. Für das restliche Drittel, das bei entsprechenden Möglichkeiten Sport betreiben würde, gelte es, das Feld zu bereiten.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, der Sport in Niederösterreich sei geprägt von großer Vielfalt, hervorragender Arbeit der Vereine, großen Anstrengungen der Sportler und einem ausgeprägten Zusammengehörigkeitsgefühl. Auch die vielen Veranstaltungen im Sportland NÖ sprächen für sich. Als Kritikpunkt nannte er den Fußball. Hier gebe es eine große Diskrepanz zwischen finanziellem Aufwand und daraus resultierendem Benefit. Er verlangte mehr Unterstützung auch für Randsportarten wie Volleyball.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, der Bericht zeige inhaltlich viel auf, was für eine hohe Leistung von den Sportlerinnen und Sportlern in Niederösterreich erbracht werde. Besonders im Internationalen Jahr der Freiwilligentätigkeit müsste man die Tätigkeit der Ehrenamtlichen würdigen, die sich in vielen niederösterreichischen Sportvereinen engagieren. Überdies gebe es in Niederösterreich eine gute Mischung zwischen Breitensport und Spitzensport, was insbesondere für die Jugend und die Gesundheit von Vorteil sei.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) meinte, der Sportbericht zeige eindrucksvoll, wie vielfältig das Sportangebot in Niederösterreich für alle Generationen sei. Sportliche Aktivität werde immer wichtiger für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen. Beste Beispiele für den Erfolg im Sportland Niederösterreich seien der SVS Niederösterreich bzw. die Sportunion. Überdies würdige das Land Niederösterreich im Jahr der Freiwilligen das Engagement der Funktionäre in den Sportvereinen besonders. Die wichtigsten Sportveranstaltungen in den letzten Monaten seien die Special Olympics in St. Pölten, der Wachau-Marathon bzw. der Triathlon 70.3 in St. Pölten gewesen.

Der Bericht wurde einstimmig angenommen.

Die nächsten Anträge wurden bei getrennter Berichterstattung (Abgeordnete Erika A d e n s a m e r , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 (DPL 1972) und Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes 1997**
- **Änderung des NÖ Landes-Bedienstetengesetzes (NÖ LBG)**
- **Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes (LVBG)**
- **Änderung des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes 1976**

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, die vorliegenden Anträge seien sinnvolle Regelungen und notwendig, um noch mehr Väter zu überzeugen,

sich für das Wohl ihrer eigenen Kinder zu engagieren und bei Bedarf in Frühkarenz zu gehen. Weiters verlangte er mehr Respekt für homosexuelle Menschen und Paare.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) sprach sich gegen die Gleichstellung von homosexuellen Partnerschaften mit der Ehe aus. Er kündigte an, dass seine Fraktion aus weltanschaulichen und familienpolitischen Gründen diesem Teil der Anträge nicht zustimmen werde.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) betonte die Wichtigkeit dieser legislatischen Anpassung, die sich durch die eingetragene Partnerschaft ergeben habe. Es sei wichtig, dass Väter die Möglichkeit haben und gute Rahmenbedingungen vorfinden würden, um problemlos in Frühkarenz gehen zu können.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) sagte, die Anpassung bei den Vordienstzeiten entspreche der Judikatur des Europäischen Gerichtshofes. Die legislative Anpassung der Landesgesetze sei auf Grund der Bundesgesetze notwendig, die eine neue Regelung bei der eingetragenen Partnerschaft vorsehen. Nun hätten Väter unmittelbar nach der Geburt Anspruch auf Väterkarenz, wovon nicht nur Väter und Kinder, sondern auch die Frauen und der Arbeitgeber profitieren würden. Dies sei ein Meilenstein für Niederösterreich und zeichne das Land als besonders familienfreundlichen Arbeitgeber aus.

Sämtliche Anträge wurden getrennt abgestimmt und einstimmig angenommen, ausgenommen den Passus betreffend den eingetragenen Partnerschaften, der nur mehrheitlich angenommen wurde (von der FP abgelehnt).

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Aufhebung des NÖ Karenzurlaubsgeldgesetzes 1975 (NÖ KUGG 1975).**

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Abgeordneter Mag. Karl Wilfing (VP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Wilfing und Ing. Gratzner betreffend **Entlastung für NÖ Pendlerinnen und Pendler**.

Abgeordnete Amrita Enzinger (G) meinte, die Situation der Pendler in Niederösterreich sei verbesserungswürdig. Ihre Fraktion werde dem VP-Antrag nicht zustimmen, da dieser in die falsche Richtung gehe.

Abgeordneter Erich Königsberger (FP) teilte mit, dass die niederösterreichischen PendlerInnen von den hohen Spritpreisen besonders betroffen seien und öffentliche Verkehrsmittel keine Alternative darstellen würden, da diese oft nicht verfügbar seien. Seitens des zuständigen Ministers würden keine entsprechenden Maßnahmen gesetzt, und das Land Niederösterreich sei aufgefordert, aktiv zu werden. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen **Antrag** betreffend Maßnahmenpaket zur Entlastung der „Melkkuh“ Autofahrer ein. Weiters brachte er mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend Erhaltung des Frachtenbahnhofes in der Landeshauptstadt St. Pölten ein.

Abgeordneter Gerhard Razborcan (SP) meinte, dass dem letztgenannten Resolutionsantrag nicht zuzustimmen sei, da die Angelegenheit im Einvernehmen von Herzogenburg und St. Pölten geschehen sei. Auch dem zweiten Resolutionsantrag seines Vorredners könne er nicht zustimmen. Gemeinsam mit seinen FraktionskollegInnen brachte er einen **Antrag** betreffend Stabilisierung der Treibstoffkosten ein.

Abgeordneter Ing. Franz Renner (VP) betonte, dass die weltweiten Ereignisse der vergangenen Monate nicht an Niederösterreich vorübergegangen seien und man auch hier die Auswirkungen spüre. Man müsse weg vom fossilen Weg und hin zu den erneuerbaren Energien und zum öffentlichen Verkehr. Niederösterreich habe bereits mehr Park-&-Ride-Anlagen als andere und engagiere

sich bei der E-Mobilität. Die Spritpreisdatenbank werde von den Autofahrerklubs begrüßt, die steuerliche Absetzbarkeit der tatsächlichen Kosten bezeichnete er als „zukunftssträchtige Lösung“. Den Anträgen der FP sei nicht zuzustimmen.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Grünen mit Mehrheit angenommen, der Abänderungsantrag der FP (Melkkuh Autofahrer) wurde abgelehnt. Der Zusatzantrag (Stabilisierung Treibstoffkosten) wurde abgelehnt, über den Resolutionsantrag zum Frachtenbahnhof St. Pölten wurde nicht abgestimmt.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Razborcan u. a. betreffend **Eintritt in Verhandlungen zum Ausbau der Wiener U-Bahn-, S-Bahn- und Straßenbahnlinien ins Wiener Umland nach NÖ**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) hielt fest, den Antrag zu begrüßen, da der Ausbau des öffentlichen Verkehrs ins Wiener Umland angegangen werden müsse.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) meinte ebenso, dass der Antrag seine Berechtigung habe und ihm zuzustimmen sei. Er forderte allerdings die Abgeordneten der SP und der Grünen auf, ihre „Amtskollegen in Wien auf Schiene zu bringen“.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) meinte, dass es nicht um die Bereitschaft von Rot-Grün in Wien gehe, sondern darum, die öffentlichen Verkehrsmittel nach Niederösterreich zu bringen bzw. darum, wer das bezahlen solle. Es habe bereits Verkehrsplanungsgruppen zu dieser Frage gegeben. Man wollte Verhandlungen zwischen Niederösterreich und Wien herbeiführen – man müsse sich wundern, weshalb die VP bereits im Ausschuss dagegen gewesen sei. Wenn man sich ehrlich zu Verkehrs- und Umweltpolitik bekenne, müsse man Geld in die Hand nehmen. Anstatt Strafzahlungen nach Brüssel zu leisten, müsse in den

Ausbau des öffentlichen Verkehrs investiert werden. Es sei das falsche Zeichen, keine Verhandlungen eingehen zu wollen.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) konstatierte, dass die SP es hier nicht ehrlich meine und betonte, dass Niederösterreich in dieser Angelegenheit der Verhandlungspartner fehle. Die VP im Bezirk Wien-Umgebung habe bereits Verkehrskreise zu diesem Thema abgehalten und meine es ehrlich mit den PendlerInnen. Im Wiener Landtag hätten Rot und Grün gegen diese Causa gestimmt, beispielsweise auch bei der gestrigen Bezirksvertretungssitzung in Wien-Penzing.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) sagte, nehme man Verkehrs- und Umweltpolitik ernst, bleibe es nicht erspart, auch ins „Börserl“ zu greifen.

Der auf Ablehnung lautende Antrag wurde mit VP-Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) berichtete zu Antrag der Abgeordneten Ing. Huber u. a. betreffend **Wiedereinführung der Lehrstellenförderung und des Praxistests**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) eröffnete die Debatte: Die Lehrstellenproblematik sei ähnlich der Aufwertung der Hauptschulen eine „Never-Ending-Story“. Statt einer Lehrstellenförderung brauche man ein gutes Image und eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Auch das Bildungssystem müsse darauf abzielen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, man müsse den mehr als 19.000 in Ausbildung befindlichen Lehrlingen eine Chance, eine Zukunft und Arbeit statt Jobs geben. Es sei wichtig, die Lehre aufzuwerten. Die Lehrstellenförderung hebe auch den Wert der Lehre.

Abgeordneter Günter K r a f t (SP) nannte die Kritik am Aussetzen der Lehrstellenförderung „verständlich“. Die Förderung sei aber kein geeignetes Mittel

gegen den Facharbeitermangel. Um steuernd eingreifen zu können, sei die Einrichtung eines Ausbildungsfonds das wirksamste Mittel.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) meinte, dass die Lehre nach wie vor ein Imageproblem habe. Die Wirtschaft wisse aber, dass Lehrlinge von heute die Fachkräfte von morgen seien. 98 Prozent aller Lehrlinge hätten den Praxistest bestanden, was zwar deren Qualität bestätige, aber schlecht fürs Budget gewesen sei. Wichtig sei, dass die Basisförderung in vollem Umfang erhalten bleibe. Überbetriebliche Lehrwerkstätten seien die teuerste Lösung des Problems.

Der auf Ablehnung lautende Antrag wurde gegen die Stimmen der FP mit Mehrheit angenommen.

Die folgenden Anträge wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land Niederösterreich (NÖ UVSG)**
- **Änderung des NÖ Bezügegesetzes**
- **Änderung des NÖ Landesbürgerevidenzengesetzes**
- **Änderung des NÖ Initiativ-, Einspruchs- und Volksbefragungsgesetzes (NÖ IEVG)**
- **Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes 1974 (NÖ KAG)**
- **Änderung der NÖ Gemeindeordnung 1973 (NÖ GO 1973)**
- **Änderung des NÖ Gemeinde-Bezügegesetzes (NÖ GBezG-Novelle 2011)**
- **Änderung des NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetzes (NÖ STROG)**
- **Änderung des NÖ Gemeinde-Personalvertretungsgesetzes**
- **Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976 (GBDO-Novelle 2011)**

- **Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 (GVBG-Novelle 2011)**
- **Änderung der NÖ Gemeindebeamtengehaltsordnung 1976 (GBGO-Novelle 2011)**
- **Änderung des NÖ Gemeindeärztegesetzes 1977**
- **Änderung des NÖ Familiengesetzes**
- **Änderung des NÖ Sportgesetzes**
- **Änderung des NÖ Schulaufsichts-Ausführungsgesetzes 1975**
- **Änderung des NÖ Einsatzopfergesetzes**
- **Änderung des Flurverfassungs-Landesgesetzes 1975 (FLG)**
- **Änderung des NÖ Grundverkehrsgesetzes 2007 (NÖ GVG 2007)**
- **Änderung des NÖ Landwirtschaftskammergesetzes**
- **Änderung des NÖ Jagdgesetzes 1974 (NÖ JG)**
- **Änderung der NÖ Jagdausschuß-Wahlordnung**
- **Änderung des NÖ Bestattungsgesetzes 2007**
- **Änderung des NÖ Heilvorkommen- und Kurortgesetzes 1978**
- **Änderung des NÖ Grundversorgungsgesetzes**
- **Änderung des Gesetzes über die Tätigkeit der Totalisateure und Buchmacher**

(Berichterstatter jeweils Abgeordneter Franz M o l d , VP)

- **Änderung des NÖ Mindestsicherungsgesetzes**
- **Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000 (NÖ SHG)**

(Berichterstatter jeweils Abgeordneter Günter K r a f t , SP)

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) beantragte, die Änderung des Gesetzes über die Tätigkeit der Totalisateure und Buchmacher getrennt abstimmen

zu lassen. Der Status Mann und Frau sowie der Begriff Ehe stellten auf rechtlicher Ebene die höchste Stufe dar.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) merkte zur NÖ Mindestsicherung an, das Land wolle immer mehr legislative Kompetenzen haben, an der Umsetzung der Novellen hapere es aber dann oft.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) meinte, man tue gut daran, das Familienrecht dem 21. Jahrhundert anzupassen. Zudem müssten weitere Schritte für die „Regenbogenfamilien“ folgen, etwa beim Namensrecht, der Frage des Standesamtes oder der Stiefkindadoption. Sie sei sehr froh über die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Es existiere keine Wahlfreiheit zwischen Mindestsicherung und Erwerbstätigkeit.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Lembacher und Vladyka einen **Resolutionsantrag** betreffend Fördermittel für den Blinden- und Sehbehindertenverband ein.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) meinte, die eingetragene Partnerschaft sei mit Rechten und Pflichten verbunden. Das Familiengesetz bestimme, unter welchen Voraussetzungen eingetragene Partnerschaften Förderungen für Kinder erhalten können. Niederösterreich habe mit der Öffnung der Kindergärten für Zweieinhalbjährige gezeigt, dass die Familien im Mittelpunkt der Landespolitik stehen würden. Sie brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Verwaltungsvereinfachungen bei Behindertenausweisen ein.

Sämtliche Anträge außer Änderung des Gesetzes über die Tätigkeit der Totalisateure und Buchmacher, Änderung des NÖ Mindestsicherungsgesetzes sowie Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000 (NÖ SHG) wurden gemeinsam abgestimmt und mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

Der Antrag Änderung des Gesetzes über die Tätigkeit der Totalisateure und Buchmacher wurde einstimmig angenommen, die Anträge Änderung des NÖ Mindestsicherungsgesetzes sowie Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000 (NÖ SHG) wurden mehrheitlich angenommen. Die beiden Resolutionsanträge wurden einstimmig angenommen.

Es folgte eine Debatte über die Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landesrat Dr. Pernkopf betreffend **Einflussnahme der ÖVP auf die Wahl des Landesfeuerwehrkommandanten.**

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, seine Fraktion könne eine politische Einflussnahme bei den Feuerwehren nicht dulden. Es gebe Gerüchte, dass im Vorfeld der Wahl des NÖ Feuerwehrkommandanten versucht wurde, von einigen Landtagsabgeordneten Einfluss auf die wahlberechtigten Bezirkskommandanten auszuüben.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) erklärte, als Abgeordneter habe man die Aufgabe, am öffentlichen Geschehen teilzunehmen. Wenn bei der Bevölkerung ein Interesse über die Wahl des NÖ Landesfeuerwehrkommandanten bestehe, so müsse man das Recht haben, diese Situation zu hinterfragen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sagte, seine Fraktion stehe hinter den Feuerwehren und versuche, diese und andere Freiwillige vor politischer Einflussnahme zu schützen. Seine Fraktion nehme daher die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Schluss der Sitzung!